

Auf der Suche nach Bedeutung: Südafrikas Multivektor-Außenpolitik

Im November 2025 wurde erstmals ein G20-Gipfel auf afrikanischem Boden ausgerichtet: in Johannesburg, Südafrika. Dabei glänzten allerdings die Repräsentanten der USA, ein zentraler Akteur in den G20, durch Abwesenheit. Luca Klein vom Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen erläutert hier die südafrikanische Außenpolitik.

Seit dem Beginn der zweiten Amtszeit von US-Präsident Trump befinden sich die südafrikanischen Beziehungen zu den USA auf einem seit der Reagan-Präsidentschaft nicht mehr denkbaren Tiefpunkt. Aus offiziellen amerikanischen Statements sowie Executive Orders geht hervor, dass primär innenpolitische südafrikanische Gegebenheiten zu diesem Bruch beigetragen hätten und die Administration sich lediglich schützend vor die weiße südafrikanische Minderheit stellt. Diese Darstellung hält einer faktenbasierten Einordnung jedoch nicht stand. Vielmehr stößt sich Washington an der südafrikanischen Selbstdefinition als non-aligned state und noch mehr an der Interpretation dieser Rolle.

Damit steht Südafrikas außenpolitische Doktrin vor einer gewaltigen Herausforderung. Die Multivektor-Ausrichtung seit Ende der Apartheid 1994 lässt sich geostrategisch wie auch historisch erklären und lebt neben engen Verflechtungen mit nicht-westlichen Partnern im Rahmen der BRICS+ auch von Anbindung an westliche Staaten sowie der Option, Vermittlerrollen bei bewaffneten Konflikten glaubhaft einnehmen zu können. Europäische Demokratien sehen in dieser Ausrichtung ebenfalls eine schwer erklärbare Anomalie, zumal erneut ein Systemkonflikt – diesmal ein Wettstreit zwischen Demokratien und Autokratien – für die Grundlage der Brüche in der internationalen Ordnung gehalten wird.

Südafrika gerät gerade hierdurch in unrühigeres internationales Fahrwasser.

Im letztmals 2011 abgefassten Weißbuch zur südafrikanischen Außenpolitik, aber auch in einem bereits 1993 in Foreign Policy veröffentlichten Aufsatz Nelson Mandelas werden in erster Linie vier Grundpfeiler vorgestellt, die jedwedem Handeln als moralischer Anker dienen sollen. Dies ist erstens die Verwurzelung Südafrikas im Pan-Afrikanismus, das heißt der Loyalität gegenüber afrikanischen Partnerländern, die allesamt ähnliches Unrecht erfahren mussten. Intra-afrikanisches Hegemonialstreben oder gar die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder sind somit untersagt. Teils im Widerspruch hierzu steht die Betonung einer Demokratisierung der Welt. Damit ist nicht ausschließlich die Forderung nach demokratisierten internationalen Organisationen gemeint, sondern auch der omnipräsente Glaubenssatz des unipolaren Moments inhärent, wonach die Etablierung von Demokratie am Ende der Geschichte stünde.

Besonderes Augenmerk muss auf die verbleibenden beiden Prinzipien gelegt werden: Non-alignment und die Ubuntu-Philosophie. Irritierend für die US-Regierung, ist mit Blockfreiheit nie Gleichgültigkeit im Lichte internationaler Krisen oder Normverletzungen gemeint. Historische Prägungen können aber in der Tat – wie im Fall der russischen Invasion in die Ukraine – zu einer alternativen Positionierung führen, wie sie westliche Demokratien einnehmen. Zuvorderst kann der us-südafrikanische Bruch aber auf das 2023 von Südafrika eingeleitete Verfahren gegen Israel wegen möglichen Verstößen gegen die Völkermordkonvention vor dem IGH zurückgeführt werden.

Die Klage wurde 2024 vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag angenommen, eine Entscheidung in der Sache kann Jahre in Anspruch nehmen. Südafrikas rasches Handeln in diesem Fall weist keinen Widerspruch zur Blockfreiheit auf, vielmehr ist es als rares Beispiel von klar Ubuntu-geleitetem Verhalten in der internationalen Arena zu verstehen. Ubuntu kann als menschenrechts-basierte Philosophie verstanden werden, deren Kern die Anerkennung jedwedem Lebens und die Relevanz der Aufrechterhaltung der Rechte aller für alle ist. Oftmals agiert Südafrikas Regierung in einem durch die vier Prinzipien nicht-gedeckten Korridor, der Bruch mit dem zweitwichtigsten Handelspartner USA ergibt sich jedoch gerade aufgrund von Prinzipientreue.

Luca Klein



Die damalige US-Vizepräsidentin Kamala Harris empfängt im September 2022 den südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa.